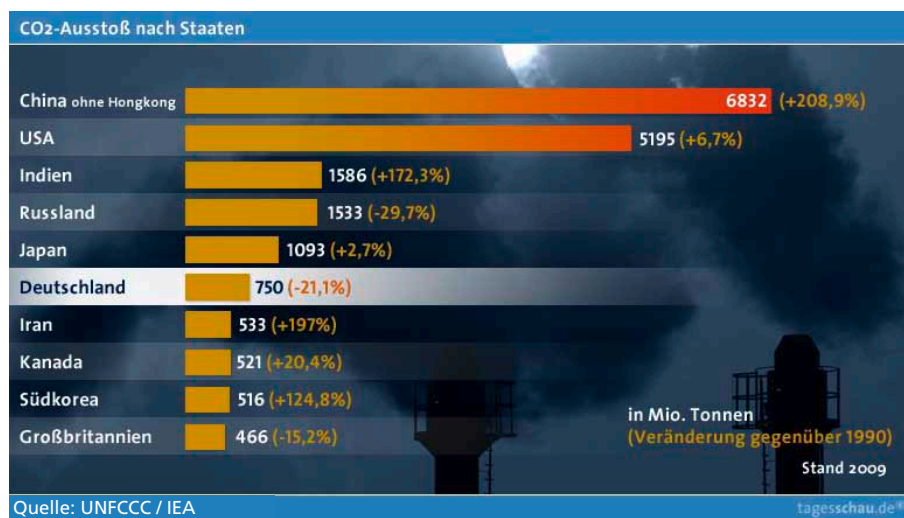


Die UN-Klimakonferenz in Durban, Südafrika

Die Begrenzung des Klimawandels bleibt eine riesige Herausforderung



Vom 29.11. bis zum 07.12.2011 waren in Durban in Südafrika Delegationen aus 180 Ländern zum 17. Weltklimagipfel angereist. Sie verhandelten darüber, wie eine Fortführung des Kyoto-Protokolls erreicht werden könnte. Darin waren erstmals völkerrechtsverbindliche Obergrenzen für den Klima gefährdenden Austausch von Kohlendioxid fest geschrieben worden. Dieses Protokoll läuft Ende 2012 aus.

Nach den Prognosen des anerkannten Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung könnte die Erderwärmung Ende des Jahrhunderts auf eine durchschnittliche Erderwärmung von bis zu sechs Grad Celsius ansteigen. Damit würden die bisherigen Prognosen in ihren negativen Szenarien noch deutlich übertroffen. Extreme Wittersituationen, schlecht vorhersagbar, in einigen Regionen eine Unbewohnbarkeit, eine wesentlich schwierigere Nahrungsmittelproduktion wären die Folge.

Handeln ist also schnell und weit reichend geboten. Auf Ebene der internationalen Verhandlungen liegt aber genau da das Problem. Die Schadstoffemissionen müssen insgesamt begrenzt werden. Den einzelnen Ländern sind im Kyoto-Abkommen deshalb Obergrenzen für den Schadstoffausstoß vorgegeben worden. Diese Vereinbarung haben die USA und China nicht unterzeichnet. Sie gehören beide derzeit zu den größten Kohlenstoffdioxidemittenten. In den USA wird der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Kohlendioxid Emissionen von etlichen Kongress Abgeordneten noch immer nicht anerkannt, was Vorstöße in eine sinnvolle Klimapolitik der Regierung verhindert. China seinerseits artikuliert seine Verhandlungsposition in die Richtung, dass die westlichen Industrieländer den Klimawandel verursacht hätten und deshalb die Umsteuerung in den nicht so weit industrialisierten Län-

Fortsetzung auf Seite 2



Liebe Leserinnen und Leser,

der Klimawandel und die Szenarien seiner Folgen für das Leben insbesondere zukünftiger Generationen bleibt nicht nur im Hinblick auf die im Dezember letzten Jahres stattgefundene Konferenz in Durban in Südafrika aktuell. Die Frage nach einem möglichst Klima neutralen Lebensstil sowie das Engagement für eine Politik mit Klima freundlichem Weitblick beschäftigen viele von Ihnen. Deshalb gehen wir in dieser Ausgabe auf die Konferenz in Durban ein. Ein gutes positives Ergebnis liegt in dem Entstehen neuer Allianzen. Zum Beispiel haben afrikanische Subsahara Länder in der EU einen neuen Bündnispartner entdeckt: Beide wollten in durchaus heftiger Auseinandersetzung mit Indien möglichst weitreichende Reduktionsziele.

Das Thema Staatsverschuldung liegt ebenfalls in Europa wie auch global obenauf. Das Engagement beim Bündnis erlassjahr.de, das schon seit Jahren ein Insolvenzverfahren für Staaten fordert, hat eine neue unerwartete Aktualität erfahren. Eine Möglichkeit, sich hier einfach und schnell zu engagieren, finden Sie auf der nächsten Seite.

Mit herzlichen Grüßen aus dem
Kreuzkirchhof

Dr. Cornelia Johnsdorf

2 | Aktuelle Themen

dern mitfinanzieren müssten. Unter diesen Bedingungen sind sie zu freiwilligen Reduktionen bereit.

Der Ausgleich der Interessen ist wie auch sonst bei Fragen der Entwicklung für das Vorankommen entscheidend. Die indonesische Regierung hat ein Angebot von Norwegen in Höhe von einer Mrd Euro bekommen, wenn sie darauf verzichten, weiter Regenwälder abzuholzen. An diesem Angebot müssten sich noch mehr Länder beteiligen, denn Palmölplantagen, für die der Wald abgeholzt wird, erbringen wesentlich höhere Gewinne.

Deutschland steht an sechster Stelle bei den globalen Emissionen, hat aber eine Reduktion um 21 % gegenüber 1990 erreicht und damit als einer der wenigen Staaten seine Verpflichtung erfüllt.

Klimapolitiker wie Hermann Ott, die GRÜNEN, plädieren aufgrund der

schwierigen Verhandlungssituation für eine Klimapolitik der unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Unabhängig davon ob China und die USA mitmachen, müssten zunächst innerhalb der EU die finanziell schwächeren Länder von den stärkeren unterstützt werden, damit alle gemeinsam ein – gegenüber dem Kyoto-Protokoll – erhöhtes Reduktionsziel von 30 % in den nächsten Jahren erreichen. Diese Verhandlungsposition ist sehr ambitioniert, weil natürlich innerhalb der EU derzeit die Finanzierung der Finanzkrise das beherrschende Thema ist.

Als Ergebnis von Durban ist eine Fortschreibung des Kyoto-Protokolls beschlossen worden, die aber erst bei der nächsten Klimakonferenz 2012 in Katar ausgearbeitet werden soll und die ab 2013 greifen könnte. Die beteiligten Industrieländer werden aufgefordert, ihre

Treibhausgasemissionen bis 2017 um 20 bis 40 Prozent (gemessen am Stand von 1990) zu senken. Bei diesem neuen Abkommen werden die USA und China – wie vorher gesagt - nicht mitmachen. Bis 2015 soll ein weiteres Abkommen vereinbart werden, das die Klimaziele von Nicht-Kyoto-Staaten mit aufnimmt. Dazu würden auch die USA, China und Indien gehören.

Die Ergebnisse der Konferenz in Durban verdeutlichen einmal mehr, wie schwierig Verhandlungen mit unterschiedlichen Interessen auf dem internationalen Parkett sind. Das kann niemanden ernsthaft wundern. Gefragt sind deshalb weiterhin beherrschte Schritte zur CO₂-Reduktion, wie sie die EU angefangen hat und jetzt energisch weiter verfolgen sollte.

Finanzkrisen und Staatsüberschuldung auch in Europa

Das Insolvenzverfahren für Staaten erfährt eine ganz neue Aktualität



Früher war es überwiegend ein Thema für Entwicklungsländer. Mittlerweile ist eine Staatsüberschuldung auch für europäische Länder durchaus Realität. Und damit erfährt die Forderung von erlassjahr.de dem Problem der Staatsüberschuldung ebenso wie bei betrieblichen und privaten Insolvenzen mit einem geordneten Verfahren zu begegnen eine ganz neue Aktualität.

Ein Insolvenzverfahren für Staaten wie es die gegenwärtige Regierung auch in ihrer Koalitionsvereinbarung hat, ist wesentlich Lösungs orientierter, weil damit ein Schnitt erfolgt und ein Neubeginn gestartet werden kann.

Bundeskanzlerin Merkel hatte sich 2010 in dieser Frage weit reichend geäußert ebenso wie Finanzminister Schäuble: „Aber es ist ausdrücklich die Rede davon, dass wir ein Moral-Hazard-Risiko verhindern und bessere Anreize für Staaten und Finanzmarktteilnehmer geben müssen. Ich frage Sie: Gibt es dafür einen anderen Weg als ein Insolvenzrecht für Staaten?“ (24.07.2010)

Mit der Postkartenaktion „Wort halten“ von erlassjahr.de wollen wir beide Politiker an ihre deutlichen und weitsichtigen Aussagen erinnern.

www.erlassjahr.de

Postkarte auf Seite 3

Wichtige und gute Nachricht:

Die Landeskirche Hannover ist und bleibt weiterhin Mitträger im Bündnis erlassjahr.de. Alle Kirchengemeinden und Gruppen sind eingeladen, sich ebenfalls an den Aktionen von erlassjahr.de zu beteiligen.

Sehr geehrte Frau Merkel,

Deutschland hat sich in dem aktuellen Koalitionsvertrag (Kap.5, Punkt 8) zur Schaffung einer internationalen Insolvenzordnung verpflichtet. Auch Sie und weitere Mitglieder des Regierungskabinetts haben auf die Notwendigkeit eines fairen Verfahrens zur Abwicklung von Staatspleiten hingewiesen. Die Schuldenkrise hat inzwischen Europa erreicht. Sie hört jedoch nicht an den EU-Grenzen auf. Hochverschuldete Entwicklungsländer brauchen den Zugang zu einer umfassenden Entschuldung, an der auch die Gläubiger beteiligt sind. Bitte setzen Sie sich – auch im Rahmen der G20 – für die Schaffung eines Internationalen Insolvenzverfahrens ein!

Hochachtungsvoll

Name: _____

Adresse: _____

Unterschrift: _____

bitte
frankieren
0,45 €

**An
Frau Bundeskanzlerin
Angela Merkel**

**Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin**



**ENTSCHÄRFT
DIE SCHULDENKRISE**

www.erlassjahr.de
www.defusethebtcrisis.org

>>KLICK<<
auf die
Postkarte

„Wegbereiter des Wandels“ auch bei Ihnen?



Unter der Überschrift „Wegbereiter des Wandels – junge Akademikerinnen und Akademiker aus Afrika, Asien und Lateinamerika in Deutschland“ des Kirchlichen Entwicklungsdienstes (KED) kommen sieben junge Akademiker und Akademikerinnen aus verschiedenen Entwicklungs- und Schwellenländern zu Wort, die in Deutschland studiert haben. Neben dem Studium haben sie sich mit entwicklungspolitischen Fragen beschäftigt und am Studienbegleitprogramm für Ausländische Studierende (STUBE) teilgenommen. Sie möchten Veränderungen in ihren Herkunftsländern erreichen. Wie können sie zum Wegbereiter eines Wandels werden?

Antwort darauf geben die Porträts der Personen mit ihren Ideen wie auch ihren Bedenken im Hinblick auf die Entwicklung in ihren Herkunftsländern. Die Ausstellung wurde November 2011 im Niedersächsischen Landtag in Hannover gezeigt und vom Landtagspräsidenten Hermann Dinkla eröffnet. Im Rahmen der Eröffnung sprach der ehemalige STUBE-Teilnehmer Dr. Jean-Marcial Bell, Agrarökonom aus Kamerun von seinen Erfahrungen in Deutschland und bei seiner Rückkehr in die Arbeit als Hochschullehrer in Kamerun. Derzeitige STUBE-Teilnehmer und Teilnehmerinnen verließen ihren Erfahrungen als internationale Studierende in Deutschland einen-

buchstäblich- bewegenden Ausdruck. Die Ausstellung ist als Wanderausstellung konzipiert und erstellt worden. Öffentliche Räume wie z.B. Rathäuser, Bürgerämter, Bibliotheken, Universitäten und Hochschulgebäude, Sparkassen oder aber Kirchen, Gemeindehäuser, Begegnungszentren, Tagungshäuser – es ließen sich sicher noch weitaus mehr Möglichkeiten auflisten. In jedem Fall braucht es einen Raum, der ein Stehenbleiben, Betrachten und Lesen möglich macht. Die Montage der Tafeln ist wie auf dem Foto zu erkennen möglich aber auch in anderen Kombinationen. Der Aufbau ist

Fortsetzung auf Seite 4

4 | Aktuelle Themen

gut mit zwei Personen zu leisten. Die Entleihe der Ausstellung an sich kostet nichts. Den Transport (mit einem Kleintransporter) sowie den Auf- und Abbau muss der Entleiher organisieren und die dafür anfallenden Kosten tragen.

Eine Versicherung kann über uns gegen eine Gebühr von 70 € erfolgen. Wenn im Rahmen der Präsentation Begleitveranstaltungen mit entwicklungspolitischen Themen geplant werden, kann eine Bezuschussung bei uns bean-

tragt werden. Für diese inhaltlichen Begleitveranstaltungen vermitteln wir auch Referentinnen und Referenten. Bei Interesse an der Ausstellung wenden Sie sich bitte an Frau Tylla (tylla@ked-niedersachsen.de).

Es gibt was zu gewinnen: Der Faire Einkaufswagen

Eine Auszeichnung für ökofaire Beschaffung in kirchlichen und diakonischen Einrichtungen



Mit dem Preis „Der Faire Einkaufswagen“, will der Ausschuss für Entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik in den Ev.-luth. Landeskirchen Braunschweig, Hannovers, Oldenburg, Schaumburg-Lippe und der Evangelisch-reformierten Kirche (ABP) kirchliche und diakonische Einrichtungen auszeichnen, die erfolgreich eine ökofaire Beschaffung umsetzen. Wir verstehen unter „ökofair“ ökologisch hergestellte und fair gehandelte Produkte.

Die Denkschrift des Rates der EKD zum Klimawandel „Umkehr zum Leben“, 2009, hat in ihrem Fazit die Kirchen dazu aufgefordert, ein „ökofaires Beschaffungswesen auszubauen“. In gut zwei Dritteln der Kirchengemeinden unserer Landeskirche finden wir bereits eine Abnahme von fair gehandeltem Kaffee. Das ist ein guter Schritt. Bei unseren kirchlichen und diakonischen Einrichtungen gibt es einzelne gute Beispiele – aber es müssten noch deutlich mehr werden.

Wer kann sich bewerben?

Bewerben können sich kirchliche und diakonische Einrichtungen in Niedersachsen. Darunter fallen beispielsweise Tagungshäuser, Kindertagesstätten, kirchliche Verwaltungen, Kreisjugendienste und Begegnungszentren.

Diakonische Einrichtungen wären z.B. Seniorenwohnheime, Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, Krankenhäuser, Beratungsstellen, Diakoniestationen. Zusätzlich können sich Kirchengemeinden bewerben.

Was bewerten wir?

- Die quantitative und qualitative Intensität der ökofairen Beschaffung
- Die Identifikation der MitarbeiterInnen mit dem jeweiligen Konzept der ökofairen Beschaffung ihrer Einrichtung bzw. der Kirchengemeinde
- Die in- und externe Kommunikation und Präsentation der ökofairen Beschaffung

Bewerbungsunterlagen:

- Eine kurze Vorstellung der Einrichtung und ihrer Arbeit
- Eine ansprechende Präsentation des Haus eigenen Konzeptes ökofairen Beschaffung bzw. das der Kirchengemeinde.

Der „faire Einkaufswagen“ wird erstmalig 2012 vergeben.

Die Bewerbungen für 2012 müssen bis zum **31.03.2012** beim Kirchlichen Entwicklungsdienst in Hannover, Kreuzkirchhof 1-3; 30159 Hannover eingegangen sein.

Nähere Informationen gibt es bei der Beauftragten für den Kirchlichen Entwicklungsdienst(johnsdorf@ked-niedersachsen.de).

Was gibt es zu gewinnen?

Für kirchliche und diakonische Einrichtungen:

1. Preis: 3.000,-€
2. Preis: 2.000,-€
3. Preis: 1.000,-€

Zusätzlich erhält eine Kirchengemeinde einen Preis über 1000,-€

Vorankündigungen



Termine für den ABP Niedersachsen

15. Februar 2012 Abgabeschluss 31.01.2012

09. Mai 2012 Abgabeschluss 25.04.2012

KED-Infoabend

Freitag, 11. Mai 2012 in der Jugendkirche / Braunschweig

Armut und AIDS am Beispiel Südafrika

mit Esther Pfeiffer, ÖED-Referentin

Impressum

Herausgegeben vom Kirchlichen
Entwicklungsdienst
der Evangelisch-lutherischen
Landeskirchen
in Braunschweig und Hannovers,
Kreuzkirchhof 1-3, 30159 Hannover

Redaktion:

Dr. Cornelia Johnsdorf (verantwortlich)

Gestaltung und Layout:

Lutherisches Verlagshaus GmbH,
Knochenhauerstr. 38/40,
30159 Hannover

Aktuelle Veranstaltungshinweise unter www.ked-niedersachsen.de